

schen und journalistischen Anhang oder gar den Geschäftemachern anvertraut werden. Das übliche Argument, die bestehenden Verträge und Gesetze machten wesentliche Reformen für unabsehbare Zeit unmöglich, wird eine kritische Öffentlichkeit und vor allem die junge wehrpflichtige Generation nicht gelten lassen. Wenn dem so ist, dann muß eben eine Änderung der Verträge und Gesetze erstrebt werden. Ohne energischen Kampf im Innern und nach außen wird es nicht gehen.

„Zwei Faktoren lassen sich benennen, die ernstlich im Lauf der Geschichte einer Entwicklung zu größerer Friedlichkeit im Wege standen“, sagte Alexander Mitscherlich anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche am 12. Oktober 1969<sup>23)</sup>. „Sie tun es immer noch. Es sind dies die leicht weckbare Feindseligkeit des Menschen gegen seine Artgenossen und die, wie man zu sagen pflegt, unausrottbare Dummheit, . . . die sorgfältig durch Erziehung zu Vorurteilen herbeigeführte Dummheit“.

„Nationale Dummheit und nationaler Stolz wachsen auf einem Holz“. „Man müßte blind für die Zeichen der Zeit sein, wenn man in ihnen nicht die Verzweiflung allenthalben entdeckte. Wird es auf dem Weg in die Zukunft eine Erleichterung von der Bürde der Aggression geben? Dies hängt davon ab, ob uns eine Selbstüberwindung gelingt, die auf dem Respekt vor dem Mitmenschen gründet. Selbstüberwindung also nicht in Opferhaltung, um unseres eigenen Seelenheiles, sondern um des Verständnisses der Pluralität menschlicher Daseinsformen willen. Skepsis, was unsere Güte betrifft, ist sicher angebracht. Wie die Welt auch aussehen mag, bewohnbar wird sie nur bleiben, solange wir Glück und Unglück des einzelnen nicht aus dem Auge verlieren“.

Conrad Taler

## Deutsche Industrie im Rüstungsgeschäft

### Produktion konventioneller Waffen — Vorspiel für atomare Rüstung?

#### I

„Es gibt wohl kaum jemanden in Deutschland, der sich gegen die Demontage wirklich kriegswichtiger Industrien wendet.“ Mit diesem Satz erweckte Konrad Adenauer am 20. September 1949 in seiner ersten Regierungserklärung den Eindruck, als betrachte die soeben aus der Taufe gehobene Bundesrepublik Deutschland die Beachtung der von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges beschlossenen Abrüstungsverpflichtungen als eine selbstverständliche Pflicht.

<sup>23)</sup> FAZ v. 13. 10. 1969, Nr. 237.

## DEUTSCHE INDUSTRIE IM RÜSTUNGSGESCHAFT

Zwanzig Jahre danach ist im Jahresbericht 1968/69 des Bundesverbandes der deutschen Industrie zu lesen: „Die außerordentlichen Erfolge unserer Industrie bei der Entwicklung des Kampfpanzers ‚Leopard‘ und des Kurzstarters Do 31 sowie die Leistungssteigerung bei konventionellen Waffenanlagen sind Beispiele dafür, daß die deutsche Industrie den Anschluß an die wehrtechnologische Entwicklung gefunden hat; sie wird ihr Können bei der Entwicklung neuer Kampfpanzer und Kampfflugzeuge erneut unter Beweis stellen.“

Am 2. August 1945 erklärten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in ihrem Potsdamer Abkommen unter anderem: „Die Ziele der Besetzung Deutschlands . . . sind: Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.“

Dreiundzwanzig Jahre danach betonte die Bundesregierung in einem Memorandum vom 9. April 1968 an den sowjetischen Botschafter in Bonn, Zarapkin: „Was die wiederholt geäußerten Auffassungen der sowjetischen Regierung über die Bedeutung der Potsdamer Abmachungen von 1945 betrifft, ist es nach Ansicht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist.“

Am 5. Dezember 1949 versicherte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer Presseverlautbarung, daß er „grundsätzlich gegen jede deutsche Wiederaufrüstung“ sei. Er betonte, daß „Deutschland seine ganze Kraft dem Wiederaufbau zuwenden müsse, besonders nach den schweren Verlusten an Menschenleben des vergangenen Krieges.“

Zwanzig Jahre danach verfügt die Bundesrepublik über die stärkste konventionell ausgerüstete Militärmacht Westeuropas und über einen Rüstungsetat von jährlich 18,8 Mrd. Mark.

Am 5. Dezember 1949 erklärte Konrad Adenauer: „Wenn überhaupt eine Aufrüstung erfolgen muß, dann kann sie nur mit amerikanischen Waffen vorgenommen werden.“

Zwanzig Jahre danach heißt es im Jahresbericht 1968/69 des Bundesverbandes der deutschen Industrie: „Zur Zeit werden nur etwa 25 bis 30 Prozent des Rüstungsmaterials im Ausland beschafft; diese Quote dürfte in den nächsten Jahren zunächst noch einmal leicht ansteigen, später jedoch weiter sinken.“

Hier soll nicht untersucht werden, welche Faktoren beim Aufstieg der Bundesrepublik von einem zur Entmilitarisierung verpflichteten Land zu einer hochgerüsteten Militärmacht eine Rolle gespielt haben. Es soll nur gezeigt werden, wie relativ rasch sich die Szenerie gewandelt hat und wie rasch sie sich demgemäß auch in der Folgezeit wandeln kann. Was heute noch unvorstellbar erscheint, nämlich der Sprung von konventioneller zu atomarer Bewaffnung, muß in den Bereich des Möglichen einbezogen werden; denn auch was jetzt ist, schien vielen einst unvorstellbar.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit entstand in der Bundesrepublik eine Rüstungsindustrie, die alle Erkenntnisse der modernen Technologie von vornherein berücksichtigen konnte. Die Demontage der alten Fertigungsanlagen aus der Hitlerzeit erwies sich am Ende als Vorteil. Unausweichlich mußte der Tag kommen, an dem die deutsche Industrie am großen Geschäft teilhaben und die Ausrüstung der Bundeswehr nicht länger vornehmlich amerikanischen Konzernen überlassen wollte. In Franz-Josef Strauß, den der Londoner „Observer“ einen

## DEUTSCHE INDUSTRIE IM RÜSTUNGSGESCHÄFT

„starken Sprecher der deutschen Großindustrie“ nannte, fand sie einen energischen Mentor. Er artikuliert als erster Politiker ihre Wünsche. Vor dem deutschen Industrie- und Handelstag erklärte Strauß Mitte Februar 1967, auf dem Gebiet der Rüstungspolitik dürfe es nicht bei der einseitigen Abhängigkeit bleiben, „in die wir auf diesem Gebiet geraten sind.“ Auch Verteidigungsminister Schröder zeigte sich geneigt, die deutsche Industrie an den Rüstungspfänden künftig stärker teilhaben zu lassen. Einen Ansatzpunkt bot der immer wieder aufflammende Streit um den Devisenausgleich für die US-Truppen in der Bundesrepublik, den interessierte Kreise als „Absatzgarantie“ für die amerikanische Rüstungsindustrie abgeschafft sehen wollten. Unter Hinweis auf rüstungswirtschaftliche Notwendigkeiten bezeichnete es die Bundesregierung im Verteidigungs-Weißbuch zu Beginn des Jahres 1969 als unmöglich, „in Zukunft einen Devisenausgleich allein oder überwiegend mit Mitteln der Rüstung herbeizuführen.“ Bonn werde künftig „nur solche Rüstungsgüter erwerben . . . , die nach eigenem Urteil für die Bundeswehr benötigt werden.“

Auch gegenüber Frankreich versuchte Schröder die Interessen der deutschen Rüstungsindustrie ins Spiel zu bringen. Nach einem Gespräch mit seinem damaligen Amtskollegen Messmer beantwortete Schröder im Oktober 1968 französische Wünsche nach größeren deutschen Rüstungskäufen in Frankreich reserviert mit der Anmerkung, die Waffenexporte aus Frankreich hätten seit 1956 rund 4,5 Mrd. Mark gekostet, während Paris nur Gerät für 500 Mio. aus der Bundesrepublik abgenommen habe. Auf ähnliche Weise zeigte Bonn auch gegenüber Großbritannien zunehmend die kalte Schulter.

Die einschlägigen Unternehmen in den drei westlichen Ländern sehen sich mehr und mehr in der Hoffnung getäuscht, die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik werde ihnen auf unabsehbare Zeit zu einem einträglichen Geschäft ohne deutsche Konkurrenz verhelfen. Offenbar war ihnen Ende der vierziger Jahre entgangen, mit wem sie sich eingelassen hatten. Lapidar erklärte der Bundesverband der deutschen Industrie in seinem Bericht 1967/68: „Der Zustand, daß eine der größten Industrienationen sich den Hauptteil des Großgeräts für ihre Streitkräfte in anderen Ländern beschaffen muß, sollte überwunden werden.“ Der BDI hatte damit vorweg seine Schlußfolgerungen aus der Forderung des CSU-Vorsitzenden Strauß vom Januar 1969 gezogen, die Deutschen müßten ihren „Platz an der wirtschaftlichen Sonne behaupten.“

Unbeschadet der bereits seit Bestehen der Bundesrepublik vorhandenen mannigfaltigen Einflußmöglichkeiten der Industrie auf politische Entscheidungen drängt die Rüstungslobby neuerdings auf eine noch stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen. Sie wünscht eine möglichst enge Verflechtung der ökonomischen und staatlichen Hierarchien nach dem Vorbild des militärisch-industriellen Bündnisses in den USA, das über 22 000 Rüstungsfirmen mit vielen hunderttausend Beschäftigten regiert und das nach Meinung mehrerer Senatoren „zu einer immer größeren Gefahr für die amerikanische Demokratie wird.“

Als der Bundesverband der deutschen Industrie 1968 erklärte, die deutsche Wehrtechnik erwarte eine großzügigere Unterstützung, die „nicht nur von fiskalischen Gesichtspunkten ausgehen sollte“, rannte er in Bonn offene Türen ein. Bereits im März jenes Jahres hatte nämlich Bundesverteidigungsminister Schröder auf der Jahresversammlung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens versichert, es sei das Ziel der Regierung, „den deutschen Entwicklungs- und Fertigungskapazitäten so viel Förderung und Aufträge zukommen zu lassen, wie dies nur eben möglich ist.“ Das waren keine leeren Worte. Befriedigt konnte ein Jahr danach der BDI feststellen:

„Für Wehrforschung, Entwicklung und Erprobung standen im vergangenen Haushaltsjahr 914 Mio. DM zur Verfügung; in diesem Jahr (1969) werden es 977 Mio. DM sein. Der BDI, der immer wieder auf die — heute unbestrittene — Bedeutung der Wehrtechnik hingewiesen hat, begrüßt die überdurchschnittliche Förderung dieses für die gesamte technologische Entwicklung immer wichtiger werdenden Bereichs sehr.“ Ebenso begrüßte der Bundesverband den ersten Rüstungsplan der Bundeswehr, in dem Angaben über die zukünftige Bewaffnung und Ausrüstung gemacht werden. Mit diesem Mehrjahresplan kam die Regierung entsprechenden Forderungen der Industrie entgegen. Noch 1968 hatte der BDI darüber Klage geführt, daß die Rüstungsplanungen der Industrie erschwert würden, weil nach dem Haushaltsgesetz die für die Rüstung vorgesehenen Mittel „nur jeweils für ein Jahr bewilligt werden können, während sich die Entwicklung moderner Waffensysteme im allgemeinen über längere Zeiträume erstreckt.“

II

Der 1969 bekanntgegebene Finanzrahmen für die Rüstungsplanung der nächsten Jahre sieht nicht nur eine kontinuierliche Steigerung des jährlichen Militäretats vor, sondern auch — und darauf war von der Industrie besonders Wert gelegt worden — eine ständige Erhöhung des prozentualen Anteils der Rüstungsinvestitionen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Verteidigungsetat	Davon Rüstungsinvestitionen
1968	18,05 Mrd. DM	3,72 Mrd. DM = 20,6 Prozent
1969	18,80 Mrd. DM	4,24 Mrd. DM = 22,5 Prozent
1970	19,76 Mrd. DM	5,01 Mrd. DM = 25,4 Prozent
1971	20,36 Mrd. DM	5,26 Mrd. DM = 25,7 Prozent
1972	21,07 Mrd. DM	5,62 Mrd. DM = 26,7 Prozent

Ziel des Rüstungsplanes ist es unter anderem, überalterte Waffensysteme zu ersetzen und das nicht mehr dem neuesten technologischen Stand entsprechende Material zu modernisieren. Als Schwerpunkte zeichneten sich ab: die Erhöhung der sogenannten Aufklärungskapazität bei den Teilstreitkräften, die Verstärkung der konventionellen Kampfkraft, insbesondere bei der Luftwaffe, die Verbesserung der Beweglichkeit und die — wie es im BDI-Bericht 1968/69 heißt — „Erhaltung der nuklearen Einsatzfähigkeit“. Der Bundesverband der deutschen Industrie meldete dazu die Forderung an: „Die deutsche Industrie erwartet, daß sie in angemessenem Umfang auch in die neuen Vorhaben eingeschaltet wird.“

Bei diesen neuen Vorhaben handelt es sich unter anderem um folgende Großprojekte: Bau von Heerestransporthubschraubern und von Feldraketenwerfern; Nachbau verschiedener Flugzeuge, Verbesserung von Boden-Boden-Raketen sowie Neubau von U-Booten und Fregatten. Darüber hinaus ist vorgesehen: die Verbesserung der Führungs- und Fernmeldesysteme, die Erhöhung der Feuerkraft unter anderem durch die Beschaffung von Feld- und Panzerhaubitzen, die Aufstockung des Kriegsvorrates an konventioneller Munition für alle drei Teilstreitkräfte, die Verbesserung der Luftabwehr sowie bestimmte logistische Maßnahmen.

Nach Angaben der „Welt“ (22. 6. 1968) will die Bundeswehr bis 1973 insgesamt für mehr als 20 Mrd. DM Geräte und Ausrüstungen anschaffen. Für die Zeit von 1974 bis 1978 sind für diesen Zweck 30 Mrd. DM vorgesehen. Innerhalb von zehn Jahren locken damit Aufträge der Bundeswehr mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Mrd. Mark; begreiflich, daß die deutsche Rüstungsindustrie begierig ist, sich den Löwenanteil zu sichern. Etwaigen Einwänden wegen einer Vergeudung

von Volksvermögen trat Bundesverteidigungsminister Schröder mit dem Satz entgegen: „Es kommt sehr darauf an, daß die Öffentlichkeit . . . deutlich den Willen bekundet, für Sicherheit und Freiheit einzustehen und materielle Opfer zu bringen“ (Deutsches Monatsblatt, Ausgabe 10/1968). Und Bonns Botschafter in London, Blankenhorn, forderte im November 1968 einen „neuen Geist der Opferbereitschaft und Entschlossenheit“. Wie viel oder wie wenig die Bewohner der Bundesrepublik von diesem neuen Geist der Opferbereitschaft halten, hatte kurz zuvor im September eine Blitzumfrage des Zweiten Deutschen Fernsehens deutlich gemacht, bei der sich 52 Prozent der Befragten ausdrücklich gegen eine Erhöhung der Militärausgaben wandten.

Doch ein solches Votum zählt für die Manager des großen Rüstungsgeschäfts nicht. Für sie zählt allein, daß Panzer, Hubschrauber und Transportflugzeuge „in bedeutenden Stückzahlen“, wie es im BDI-Bericht 1968/69 heißt, der Bundeswehr zugeführt werden konnten. Als besonderer Verkaufsschlager erwies sich dabei der von Krauss-Maffei (Flick-Konzern) gebaute Kampfpanzer „Leopard“, der an die Stelle des bis dahin in der Bundeswehr eingeführten US-Panzers M 47 tritt und der als eine neue Art von Wunderwaffe gepriesen wird. Ähnliche Hoffnungen setzt die deutsche Rüstungsindustrie in den im Mai 1969 vorgestellten, von der Rheinstahl Henschel AG gebauten Schützenpanzer „Marder“, der den skandalumwitterten HS 30 ablösen soll. Der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Schnez, rühmte das Gefährt als „ein gut gelungenes Gerät“. Schwärmerisch fügte er, wohl im Gedenken an Hitlers „Tiger“-Panzer, hinzu: „Die deutsche Industrie knüpft an eine große Tradition an.“

Mehr als dieses Lob dürfte das Herstellerwerk indes die Tatsache beeindruckt haben, daß im Rüstungsplan der Bundeswehr die Anschaffung von 2 873 „Mardern“ (Stückpreis 700 000 DM) vorgesehen ist. Schon knapp einen Monat nach der Vorstellung des neuen Schützenpanzers lag dem Verteidigungsausschuß des Bundestages eine Empfehlung Minister Schröders vor, für den „Marder“-Kauf 1,78 Mrd. DM zu bewilligen. Der Ausschuß stimmte zu. In einem Aufwasch genehmigte er außerdem die Anschaffung von 22 Seenothubschraubern für 220 Mio. DM, von 121 Verbindungs- und Transportflugzeugen für 185 Mio. DM und von 210 Salvengeschützen für 80,4 Mio. DM.

Aber das sind kleine Fische im Vergleich zum NKF-Projekt, mit dem die Industrie der Bundesrepublik erstmals nach Kriegsende Gelegenheit erhält, sich die Basis für die Produktion von Kampfflugzeugen in großer Serie zu schaffen. Rund 8,5 Mrd. DM sollen für die Umrüstung der deutschen Luftwaffe auf das „Neue Kampfflugzeug“ der siebziger Jahre aufgewendet werden. Das größte militärische Beschaffungsprogramm Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg geht auf eine Initiative des Luftwaffeninspektors General Steinhoff vom August 1967 zurück. Beteiligt sind die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien. Der Vertrag wurde Mitte Mai 1969 unterzeichnet, nachdem ein heftiges Tauziehen zwischen den Industrien der Bundesrepublik und Großbritanniens um die Führung des Projektes vorausgegangen war. Am Ende mußte sich die British Aircraft Corporation mit dem mehr repräsentativen Posten des Vorsitzenden des gemeinsamen Konsortiums begnügen, während die Münchener Messerschmitt-Boelkow GmbH, die zur Vergrößerung der eigenen Potenz gleichzeitig mit der Hamburger Flugzeugbau GmbH fusionierte, den geschäftsführenden Direktor und damit den wirklich entscheidenden Mann stellt.

Von dem neuen Kampfflugzeug, das zunächst auch MRCA (Multi Role Combat Aircraft) hieß und dem schließlich die Bezeichnung „Panavia 100“ (für die einsitzige deutsche Version) und „Panavia 200“ (für die zweisitzige britische Ver-

sion) gegeben wurde (und zwar in Anlehnung an den gleichlautenden Namen der internationalen Herstellerfirma Panavia), wird die Bundesrepublik die meisten abnehmen, nämlich 600 Stück. Die Briten kaufen 385 und die Italiener 200 Flugzeuge, von denen jedes (ohne Entwicklungskosten, aber einschließlich der Nebenkosten u. a. für die Ausrüstung von Feldflugplätzen) rund 14 Mio. DM kostet und damit ungefähr doppelt so teuer ist wie der Starfighter F 104 G. Der Prototyp soll 1973 fertiggestellt sein. Die Gesamtkosten belaufen sich ohne Entwicklungskosten auf rund 17 Mrd. DM. „Das Ganze ist ein Projekt“, schrieb Ende Juni 1969 ein dpa-Korrespondent, „das den Managern der Flugzeugwerke in den drei Ländern schon das Wasser im Munde zusammenlaufen lassen kann.“ Das Ganze ist aber auch symptomatisch für die immer erfolgreicher werdenden Bemühungen vornehmlich der deutschen Rüstungsindustrie, den lästigen Konkurrenten aus den USA abzuschütteln, der mit dem Ankauf von 88 US-Phantom-Kampfflugzeugen für die Bundesluftwaffe lediglich nur noch eine Art Trostpries erhielt. Aber selbst diesen Kauf nannte das Strauß-Organ „Bayern-Kurier“ eine „unrühmliche Entscheidung“, bei der die „vorrangige Wahrung“ der existentiellen Interessen eines Zweiges der deutschen Industrie versäumt worden sei.

### III

Neben dem Bau von Kampfflugzeugen beginnt die deutsche Industrie ein weiteres Gebiet des großen Rüstungsgeschäftes für sich zu erobern, den Bau von modernen Raketenwaffen. Nach vierjähriger, streng geheimer Entwicklungsarbeit stellte die Messerschmitt-Boelkow GmbH im Mai 1969 in München das Flugkörper-Waffensystem „Kormoran“ vor, das von einem Sprecher des Unternehmens als Krönung der Entwicklung von Waffensystemen in der Bundesrepublik bezeichnet wurde. Die Kosten in Höhe von 120 Mio. DM für den Bau der laut „Bayern-Kurier“ modernsten Flugzeug-Schiff-Rakete der westlichen Welt, mit der Schiffseinheiten „jeder zu erwartenden Größenordnung lahmgelegt“ werden könnten, wurden vom Verteidigungsministerium aus Steuergeldern getragen. Überschwenglich schrieb das CSU-Organ, die aus der Versenkung der Geheimhaltung aufgetauchte Rakete sei ein „Beispiel für die Spitzenleistungen, die — größtenteils unbekannterweise — in den Ingenieurbüros und Fertigungsstätten der bayerischen Luft- und Raumfahrtindustrie nahezu an der Tagesordnung“ seien.

Inzwischen hat das größte westdeutsche Flugzeugbauunternehmen, die Messerschmitt-Boelkow-Blohm GmbH, sich mit der Nitrochemie GmbH in Aschau/Oberbayern, einer Tochterfirma der Wasag-Chemie AG Essen, zusammengetan und unter dem Namen „Bayern-Chemie Gesellschaft für flugmechanische Antriebe mbH“ in Aschau ein Raketentreibstoffwerk gegründet, das auch die Fertigung von vollständigen Gefechtsköpfen, Teilen von solchen Köpfen und ähnlichen militärischen Geräten übernehmen will. Vor dieser Firmenneugründung waren im Juli 1969 bei einer Bundeswehrparade auf dem Nürburgring erstmals öffentlich die für die Bundeswehr vorgesehenen Mehrfachraketenwerfer deutscher Produktion vorgeführt worden. Von dieser „Flächenfeuerwaffe“, die aus 36 gebündelten Rohren auf einer Selbstfahrlafette besteht, soll das Heer insgesamt über 200 Exemplare erhalten.

Auch auf dem Gebiet der modernen Elektronik haben deutsche Unternehmen Boden gewonnen. Bei der Errichtung eines Systems integrierter und automatisierter Luftverteidigung der NATO, das unter der Bezeichnung Nadge (Nato Air Defense Ground Environment) 75 elektronische Anlagen in zahlreichen NATO-Ländern vereint, konnte sich die deutsche Telefunken nach den USA (32 Prozent) mit einem Anteil von 19,5 Prozent vor Frankreich (11,7 Prozent), Großbritannien,

den Niederlanden und Italien den zweiten Platz in einem internationalen Konsortium sichern. Der Auftrag im Gesamtwert von 1,2 Mrd. DM gehört zu den größten Finanzprogrammen der NATO.

Weniger weitverzweigt als dieses Projekt ist die Abmachung über den Bau einer Feldhaubitze vom Kaliber 155 (K 70), die deutsche Firmen mit britischen Unternehmen abgeschlossen haben. Das Geschütz soll in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in den Armeen beider Länder eingeführt werden. Wie es heißt, wird die Haubitze erheblich leistungsstärker sein als die jetzt von der Bundeswehr verwendete Haubitze 155. Die Reichweite der Mehrzweckwaffe, die keine spezielle Konstruktion zum Verschießen nuklearer Sprengköpfe sein soll, wird mit 23 km angegeben.

Unter der Bezeichnung „Alpha Jet“ wollen das deutsche Flugzeugwerk Dornier und das französische Unternehmen Breguet in Paris eine gemeinsame Firma gründen, die ein gleichnamiges militärisches Schulflugzeug bauen will. Ob dafür ein Regierungsauftrag erteilt wird, ist noch unbekannt. Die deutsche Seite schätzt den Bedarf auf 500 Stück und beurteilt die Exportchancen günstig. (Messerschmitt-Boelkow-Blohm und die französische Nord Aviation hatten bereits zuvor ein Abkommen über die Entwicklung eines militärischen Schulflugzeuges abgeschlossen, das mit dem „Alpha Jet“-Projekt konkurriert.)

Die von Dornier geäußerte Hoffnung auf gute Exportchancen gründet sich auf Erfahrungen bei anderen Waffensystemen. Die deutsche Rüstungsindustrie ist längst darüber hinaus, nur die eigenen Streitkräfte auszurüsten. Sie tritt vielmehr auf dem internationalen Rüstungsmarkt immer stärker als Konkurrent gegenüber den USA, Großbritannien und Frankreich auf. Bereits im Jahresbericht 1967/68 konnte der Bundesverband der deutschen Industrie befriedigt konstatieren: „Der hohe Stand der Entwicklung unserer Industrie brachte erste Früchte. In zunehmendem Ausmaß finden deutsche Geräte wieder das Interesse anderer NATO-Partner und neutraler Länder. Mit dem Kampfpanzer ‚Leopard‘ wird zum erstenmal ein Großprojekt in erheblicher Stückzahl an andere NATO-Länder geliefert. Länder außerhalb der NATO zeigen für ihn Interesse.“

Auf welches Land außerhalb der NATO der letzte Satz speziell gezielt war, enthüllte ein Jahr später im Juli 1969 die Londoner „Times“. Sie berichtete, die Bundesrepublik wolle mehrere hundert „Leopard“-Panzer an Hitlers Waffengefährten aus dem Zweiten Weltkrieg, an den spanischen Diktator Franco, liefern. Die Sache wurde publik, nachdem aus britischen Regierungskreisen durchgesickert war, die Regierung Wilson habe ihr Veto gegen die Lieferungen an Spanien eingelegt. Der „Leopard“-Panzer ist nämlich mit einer britischen 105-mm-Kanone ausgerüstet, und Großbritannien hat sich ausbedungen, daß der Wiederverkauf der Kanone einer britischen Genehmigung bedürfe. Im Falle Franco wurde sie versagt, weil die Labourregierung ein Embargo über alle Waffenlieferungen an Spanien verhängt hat. Peinlich berührt von der „Times“-Veröffentlichung, meinte ein Sprecher des deutschen „Leopard“-Herstellerwerkes Krauss-Maffei, die Lieferung an Spanien sei „noch keineswegs spruchreif“, aber es sei denkbar, daß London die Ausfuhr „über ein drittes Land“ genehmige. Damit war zugleich bestätigt, daß tatsächlich deutsche Panzer an Franco-Spanien geliefert werden sollen.

Die deutsche Rüstungsindustrie ist mit dem „Leopard“ jedenfalls gut im Geschäft. Ende Oktober 1968 teilte Krauss-Maffei mit, das Unternehmen habe Lieferaufträge für insgesamt 809 Panzer dieses Typs erhalten. In den Niederlanden schlug das deutsche Werk den von den Briten angebotenen „Chieftain“-Panzer

aus dem Feld. Die erste Kammer des Parlaments in Den Haag beschloß einen Tag vor Weihnachten 1968 mit 56 zu drei Stimmen, 415 „Leopard“-Panzer im Wert von rund 570 Mio. DM anzuschaffen, die den britischen „Centurion“-Panzer ersetzen sollen. An Belgien liefert die Bundesrepublik 334 „Leopard“-Kampfpanzer. Norwegen gab gleichfalls eine Bestellung auf. Die ersten 75 Stück sollten bereits bis Ende 1968 geliefert werden. Hier warf die deutsche Konkurrenz die Schweden aus dem Rennen, die ebenfalls ein Angebot gemacht hatten. Demnächst dürften deutsche Panzer auch in Italien rollen. Im Juli 1969 verlautete, ein entsprechender italienischer Auftrag werde geprüft.

#### IV

Nicht ganz so problemlos wie die Ausrüstung fremder Streitkräfte mit „Leopard“-Panzern (und demnächst wohl auch mit dem Schützenpanzer „Marder“) erwies sich die Lieferung deutscher U-Boote. Ein Auftrag der Athener Militärjunta an die Kieler Howaldtwerke-Deutsche Werft AG zum Bau von vier U-Booten mit einer Tonnage von je 1 000 Tonnen, über den erstmals im Herbst 1968 Einzelheiten bekanntgeworden waren, wurde zwar im Juli 1969 offiziell von der Bundesregierung bestätigt, konnte aber dennoch noch nicht ausgeführt werden. Nach dem Vertrag über die Westeuropäische Union vom 23. 10. 1954 ist die Bundesrepublik der Bau von U-Booten mit einer Wasserverdrängung von mehr als 350 Tonnen bedingt verboten. Ein Trick, mit dem das Verbot umgangen werden sollte — es hieß, man werde nicht ganze U-Boote liefern, sondern nur die entsprechenden Teile dazu —, führte nicht zum Ziel. Daraufhin beantragte die Bundesregierung im Herbst 1968 bei der WEU eine Ausnahmegenehmigung. Am 30. 7. 1969 lag die Entscheidung aber noch immer auf Eis. Der Grund dafür dürfte nicht nur darin zu suchen sein, daß Frankreich die Sitzungen des WEU-Rates boykottiert, sondern es gibt darüberhinaus anscheinend schwerwiegende politische Bedenken bestimmter Mitgliedsländer. Ein Anzeichen war die Mitteilung des niederländischen Außenministers Luns vor dem Parlament in Den Haag, seine Regierung werde sich — ungeachtet einer NATO-Empfehlung, die die Lieferung von U-Booten an Griechenland als erforderlich für die Sicherheit der Allianz bezeichnete — gegen den Verkauf deutscher U-Boote an Griechenland aussprechen. Luns wurde deswegen vom CSU-Organ „Bayern-Kurier“ heftig angegriffen. Das Blatt beschuldigte den Außenminister einer Einmischung in Angelegenheiten der deutschen Politik und meinte, es sei unerfindlich, was das Ganze die Niederlande überhaupt angehe. Unbeschadet des Fehlens einer WEU-Ausnahmegenehmigung wurde in Kiel gleichwohl mit dem Bau der Kriegsschiffe für Griechenland begonnen.

Ähnlich dürfte es sich wahrscheinlich auch mit einer entsprechenden Lieferung an Argentinien verhalten. Auch hier versuchte die Bundesregierung sich mit der Ausflucht aus der Affäre zu ziehen, eine argentinische Bestellung auf zwei U-Boote bedeute nicht, daß ganze U-Boote gebaut werden sollten; es gehe lediglich um die Produktion von Teilen, die dann nach Argentinien transportiert würden. Und eine solche Teilelieferung, so erklärte ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes im März 1969, falle nicht unter das Produktionsverbot entsprechend dem WEU-Vertrag.

Neben der Athener Militärjunta steht auf den europäischen Kundenlisten deutscher Werften noch ein weiteres diktatorisches Regime: Portugal. Zum Stückpreis von 50 Mio. DM baut die Werft Blohm und Voss in Hamburg drei Korvetten für Portugal, von denen die erste am 2. Mai 1969 vom Stapel gelaufen ist. Über die Lieferung dieser Schiffe, die nach deutschen Angaben der U-Boot-Abwehr im Rahmen der NATO dienen, erfuhr die Öffentlichkeit auf einem denkwürdigen



Umweg, nämlich durch ein Flugblatt der afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln, das in Dakar aufgetaucht war und dessen Einzelheiten ein deutscher Korrespondent in die Bundesrepublik gekabelt hatte. Das Flugblatt hatte durch seine präzisen Angaben Aufsehen erregt. Sie besagten: Blohm und Voss in Hamburg baue drei Schiffe für Portugal, die mit Raketen bestückt seien, einen extrem geringen Tiefgang von nur einem Meter hätten und von denen eines bereits vom Stapel gelaufen sei. Die Schiffe sollten von Flüssen aus gegen afrikanische Freiheitskämpfer operieren. Die Lieferung an Portugal, so hieß es in dem Flugblatt weiter, beständige „die bedeutende und täglich wichtiger werdende Rolle, die die Bundesrepublik Deutschland in dem Kolonialkrieg spielt, den die portugiesische Regierung gegen Afrika führt.“

Angaben darüber, wie es sich im Hinblick auf diese Schifflieferung an Portugal mit den WEU-Bestimmungen verhält, liegen nicht vor. Der WEU-Vertrag von 1954, mit dem einst die deutsche Rüstungsproduktion bestimmten Verboten oder Beschränkungen unterworfen wurde, ist nur noch eine Farce. Sein ursprünglicher Hauptzweck bestand offenbar darin, die noch unter dem Eindruck der zerstörerischen Kriegsmaschine Hitlers stehende Weltöffentlichkeit wegen der zuvor beschlossenen Wiederaufrüstung Deutschlands zu beruhigen. In den folgenden Jahren war nicht die strenge Beachtung der Rüstungsbegrenzung die Regel, sondern die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen. Unter anderem wurden folgende derartige Genehmigungen durch den WEU-Rat erteilt:

Am 16.10.1958 für den Bau eines Kriegsschiffes mit 4 000 bis 5 000 Tonnen Wasserverdrängung; am 12.12.1958 für die Herstellung von Panzerabwehrraketen des Typs „Sidewinder“ (Luft-Luft-Rakete) gemeinsam mit Dänemark, Griechenland, den Niederlanden, Norwegen und der Türkei bei technischer Hilfe durch die USA sowie für den Bau von Boden-Luft-Raketen des Typs „Hawk“. Ferner wurde der Bau von Kreuzern und Versorgungsschiffen genehmigt. Der Grund für diese Ausnahmegenehmigungen war vermutlich die Überlegung, daß die Industrie der anderen WEU- und NATO-Länder künftige Gewinnerwartungen aus der deutschen Aufrüstung leichter realisieren könnte, wenn sie die Industrie der Bundesrepublik, deren Finanzkraft und deren großzügige staatliche Förderung ohnehin eine gewisse Entlastung von weniger lukrativen Entwicklungen versprach, auch an Projekten teilnehmen ließe, die ihr ursprünglich vorenthalten werden sollten. Wie sehr sich die einstige Kräftekonstellation im Konkurrenzkampf der Rüstungsindustrien mittlerweile zugunsten der deutschen Industrie geändert hat, beweisen die Erfolge beim Export des Kampfpanzers „Leopard“ und die führende Position der Bundesrepublik beim NKF-Projekt.

Auf der Liste der für die Bundesrepublik „bedingt verbotenen“ Waffen (WEU-Vertrag, Anlage III) stehen zwar gelenkte (Raketen) Geschosse, bei denen eine Länge von zwei Metern nicht überschritten werden darf, aber Messerschmitt-Boelkow baut ungerührt die mehr als doppelt so lange (4,4 Meter) „Kormoran“-Rakete; zwar sind U-Boote über 350 Tonnen gleichfalls bedingt verboten, aber wenn alle Stricke reißen, liefert man sie eben in Teilen; im WEU-Verzeichnis der Kontrolle unterliegenden Rüstungstypen stehen zwar „alle Kanonen, Haubitzen und Granatwerfer jeder Art und für jeden Verwendungszweck von mehr als 90 mm“, aber das deutsch-britische Haubitzengeschäft (155 mm) geht glatt über die Bühne; der Kontrolle unterworfen sind auch Panzer sowie „sonstige gepanzerte Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von mehr als 10 Tonnen“, aber nach dem „Leopard“-Kampfpanzer verläßt nunmehr der 27,5 Tonnen schwere Schützenpanzer „Marder“ die Werkshallen; der Kontrolle unterliegen ferner der Bau vollständiger Militärflugzeuge, aber mit der führenden Teilhabe am NKF-

Projekt sitzt die deutsche Industrie inzwischen mitten drin im selbst initiierten dicken Geschäft mit kompletten Kampfflugzeugen.

Zwanzig Jahre nach Konrad Adenauers ausdrücklicher Versicherung, er sei „grundsätzlich gegen jede deutsche Wiederaufrüstung“, verfügt die Bundesrepublik über eine moderne Rüstungsindustrie, die den Bedarf der eigenen Streitkräfte an Waffen und Ausrüstungen zu drei Vierteln selbst deckt und darüber hinaus erstaunliche Erfolge im Rüstungsexport aufzuweisen hat. Zwanzig Jahre nach jenem Satz Adenauers ist die Bundeswehr „auf dem Sektor konventioneller Waffen die bestausgerüstete Armee Europas“ (Strauß-Referent Hepp im „Bayern-Kurier“). Die militärische und wirtschaftliche Großmacht Bundesrepublik verfügt nur noch nicht über das atomare Kronjuwel. Ihre Industrie ist ausgeschlossen von der Kernwaffenproduktion. Wird sie sich damit auf alle Zeit abfinden?

Die Idee der europäischen Integration und die Aufnahme der Bundesrepublik in den Nordatlantikpakt ebneten der deutschen Industrie den Weg zurück ins Rüstungsgeschäft, das ihr nach dem Pakt mit Hitler und der folgenden Niederlage für immer verschlossen zu sein schien. Die nächste Etappe, nämlich der gewaltige Sprung von konventioneller zu atomarer Rüstung, dürfte schwieriger werden. Daß sie in Angriff genommen wird, ist kaum zweifelhaft. Nahezu ausgeschlossen scheint freilich, daß die deutsche Industrie jemals allein und unabhängig von den einschlägigen Industrien benachbarter Länder im Westen auf dem Gebiet tätig werden kann. Sie wird deshalb die Zusammenarbeit suchen.

Es wäre falsch für Europa, erklärte Strauß am 8. 12. 1968, in immer größere psychologische, politische, wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von den USA zu geraten. Ausdruck der militärischen Abhängigkeit ist „die Exklusivität des amerikanischen Fingers am atomaren Druckknopf“, die — wie der „Bayern-Kurier“ weiter schrieb, selbstverständlich „das entscheidende Bündnis-Kriterium“ sei (7. 6. 1969). Während seines Besuches in London im Mai 1969 setzte sich Strauß dafür ein, innerhalb der NATO eine eigene europäische Verteidigungsorganisation zu bilden, die zum gleichberechtigten und autonomen militärischen Partner der USA werden solle. Als ersten Schritt, so empfahl Strauß, könnten England und Frankreich ihre Atomwaffen zusammenfassen, um daraus den Kern einer europäischen nuklearen Streitmacht zu schaffen, zu der „andere europäische Länder geeignete Beiträge leisten könnten“ („Welt“ vom 21. 5. 1969). Was mit diesen „geeigneten Beiträgen“ gemeint war, blieb im Dunkeln, doch daß Strauß mit den „anderen“ europäischen Ländern hauptsächlich die Bundesrepublik meinte, ist kaum zu bezweifeln.

„Die Begeisterung von Strauß für ein vereinigt Europa wird von verschiedenen Motiven gespeist“, bemerkte hintergründig der Londoner „Observer“ um die Jahreswende 1968/69. „Das Beunruhigendste dabei ist sein Ehrgeiz hinsichtlich der Schaffung einer europäischen Atommacht.“ In der CDU sind die Auffassungen im Hinblick auf die von Strauß propagierte europäische Atomstreitmacht nicht einheitlich. Während der CDU-Bundestagsabgeordnete Kliesing in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der christlich-demokratischen Fraktion in der WEU-Versammlung die entsprechenden Pläne als „unnützlich“ und „politisch gefährlich“ ablehnte, enthält das von Vertretern der CDU-Fraktion im Bundestag Anfang August 1969 vorgelegte wehrpolitische Schwerpunktprogramm Elemente, die nach Meinung des sozialdemokratischen Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes auf eine europäische Atomstreitmacht hinauslaufen. Auch der CDU-Vorsitzende Kiesinger scheint sich den Intentionen von Strauß anzupassen. „Wenn wir Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch einigen“, sagte er in einem Interview des Zweiten Deutschen Fernsehens (17. 8. 1969), „bedeutet das, daß Europa

## DEUTSCHE INDUSTRIE IM RÜSTUNGSGESCHÄFT

dann eben auch eine eigene Verteidigungskraft entwickeln wird, die Stufe für Stufe die amerikanische Präsenz ablösen könnte.“

Beim Widerstand der CDU/CSU und der deutschen Industrie gegen den Atomwaffensperrvertrag geht es unverkennbar nicht nur darum, die eigenen Interessen in der friedlichen Nutzung der Kernenergie und die Exportchancen der Reaktorindustrie zu wahren — wie immer behauptet wird — sondern sich auch die Möglichkeit einer europäischen „atomaren Option“ offenzuhalten, mit der nichts anderes gemeint ist als die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht mit deutscher Beteiligung. „Wo steht denn geschrieben, daß die Vermehrung der Nuklearmächte die Gefahr für den Weltfrieden erhöht?“ fragte forsch Straußens persönlicher Referent in München im „Bayern-Kurier“ (27. 7. 1968). Den Einwand, die Bundesrepublik beschwöre mit ihrem Widerstand gegen den Sperrvertrag die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung für sich herauf, legte Hepp mit der Bemerkung beiseite, man solle nicht immer im „Jargon der Hasenfüße“ reden („Bayern-Kurier“ vom 1. 2. 1969).

Während ein Teil der Regierungsverantwortlichen in Bonn versucht, auf dem Weg über die Anstachelung eines europäischen Nationalismus (Kiesinger: „Ist es nicht eine Schande, daß 200 Millionen Amerikaner 300 Millionen Europäer schützen müssen?“) psychologisch den Boden für eine europäische Atomstreitmacht vorzubereiten, ebnen andere, wie z. B. Forschungsminister Stoltenberg, der deutschen Industrie die Bahn beim Sammeln von Erfahrungen auf dem Gebiet der Nutzung der Kernenergie. Er sicherte ihr durch entsprechende Verträge mit Brasilien und Argentinien Nachschub an Natur-Uran, der auch dem deutsch-britisch-niederländischen Gemeinschaftsprojekt zur Gewinnung von angereichertem Uran zufließen soll. Die in Almelo (Niederlande) und Capenhurst (Großbritannien) geplanten Anlagen werden dadurch zum Teil in Abhängigkeit von der Bundesrepublik geraten. Zunächst sollen jährlich 50 Tonnen angereicherten Urans für Kernreaktoren produziert werden. Später ist eine Jahreserzeugung von 350 Tonnen vorgesehen. Befürchtungen wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages und einer etwaigen militärischen Verwendbarkeit des angereicherten Urans beantwortete ein Sprecher des Bonner Auswärtigen Amtes am 13. Juni 1969 mit dem Hinweis, das Uran werde in den beiden Gaszentrifugen in den Niederlanden und in Großbritannien (der Bau einer dritten, wahrscheinlich in der Bundesrepublik, ist bei steigendem Bedarf vorgesehen) nur einen Anreicherungsgrad von drei Prozent erreichen; wenn Uran für militärische Zwecke verwendet werden sollte, sei ein wesentlich höherer Prozentsatz notwendig. Daß mit dem angereicherten Uran aber eine Vorstufe der militärischen Nutzung erreicht ist, geht daraus hervor, daß die Niederländer bei den Verhandlungen über die Gaszentrifugen Einwände dagegen erhoben hatten, Großbritannien könne das angereicherte Uran in eigenen Trennanlagen weiter für militärische Zwecke anreichern. Bis Mitte Juni 1969 hatte man sich noch nicht auf eine Formel geeinigt, die eine solche Möglichkeit ausschließt.

## V

Die Frage nach dem Sinn des Einstiegs der Bundesrepublik und ihrer Industrie in das nationale sowie das internationale Rüstungsgeschäft ist müßig. An politischen Motivationen dafür hat es deutschen Kaisern, Führern und demokratischen Regierungschefs niemals gefehlt. Stets führten sie den Wunsch und die Verpflichtung zu wirkungsvoller Verteidigung gegen drohende Gefahren von außen

ins Feld. Zwei Weltkriege mit ihren schrecklichen Folgen für das eigene Volk und für andere Völker demonstrieren freilich die Sinnlosigkeit und die Gefährlichkeit dieses Weges. Ganz harmlos fing es jedesmal an, und jedesmal war der Aufbau einer waffenstarrenden Armee gepflastert mit Bekenntnissen zur Abrüstung. Nur sollten dabei stets die anderen vorangehen. „Deutschland ist ohne weiteres bereit, auf die Zuteilung von Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Rüstungsnationen ihrerseits diese Angriffswaffen ebenfalls vernichten und durch eine internationale Konvention die weitere Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit bewahren und seine Grenzen beschützen zu können. Soweit indes Waffen anderen Mächten gestattet bleiben, können die Waffen der Verteidigung Deutschland allein nicht für alle Zukunft verboten werden. Alle diese Forderungen beinhalten nicht eine Aufrüstung, sondern nur ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten... Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn auch die übrige Welt ihrer entsagt.“ So äußerte sich Hitler am 17. Mai 1933. Haben sich die Denkweisen geändert in den verflossenen Jahrzehnten? Kiesinger sagte am 16. Oktober 1968 in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag: „Die Sowjetunion weiß genau, daß der verbündete Westen niemals einen Angriff gegen sie oder gegen ein Land des sozialistischen Lagers beginnen würde. Der Zweck des Bündnisses ist die Verteidigung im Falle eines Angriffs bzw. die Verhinderung eines solchen durch die Existenz der Allianz. Die Sowjetunion weiß ebenso gut, daß die Verteidigungsanstrengungen des Westens sich nach dem Bestand ihrer eigenen militärischen Macht richten. Sie hätte es also selbst in der Hand, durch die Verminderung ihrer militärischen Macht auch auf die Rüstung des Westens Einfluß zu nehmen.“ Es ist das alte Lied.

Gewiß, die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie der Bundesrepublik sind heute eingebettet in ein Bündnis mit Nationen, die einst vereint gegen jenen Mann gekämpft haben, der von Verteidigung redete und den Angriff vorbereitete. Aber lebt nicht die hundertmal totgesagte „Politik der Stärke“ unvermindert weiter? „Wenn andere eine große militärische Maschinerie haben,“ so Kiesinger am 9. Dezember 1968, „brauchen wir auch eine, um unter gleichen Bedingungen verhandeln zu können.“ Verhandeln worüber? Daß Polen die Gebiete jenseits von Oder und Neiße wieder herausrückt und die DDR ihre Existenz als Subjekt des Völkerrechts verleugnet? Was soll es bedeuten, wenn Franz-Josef Strauß davon spricht, der Westen befinde sich mit seinen Entspannungsbemühungen gegenüber dem Osten „zu sehr auf Vorsichtskurs“ („Welt am Sonntag“ vom 3. 11. 1968)? Was bedeutet es, wenn er den Status quo als „unerträglich und unannehmbar“ bezeichnet und wenn er, im Bunde mit anderen, dessen Änderung verlangt? Das ist der Hintergrund, vor dem man die Rüstungsanstrengungen der Bundesrepublik sehen muß. Und hier liegt auch die Ursache dafür, daß Vorbehalte gegen eine europäische Sicherheitskonferenz schwerer wiegen, wenn sie von Bonn aus angemeldet werden.

Eine Million Mark will die Bundesregierung 1970 der deutschen Friedensforschung zur Verfügung stellen. Das ist genau soviel, daß man davon den siebenten Teil eines Starfighters kaufen könnte. Der Militäretat des kommenden Jahres wird 19 760mal größer sein. Und er soll in den folgenden Jahren weiter steigen, auf 20,36 Mrd. DM, auf 21,07 Mrd. DM. Können wir uns dafür wirklich Sicherheit kaufen, oder liegt diese Sicherheit nicht vielmehr in der Bereitschaft zur Abrüstung, zur Verständigung, zum Ausgleich? Sie wird uns nicht in den Schoß fallen. Wir müssen für sie kämpfen.